

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Neftanka 1A.

Telephone:  
Tagesredaktion:  
26795, 31460.  
Nachredaktion: 26792

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfterem  
Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . K 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Abstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

10. Jahrgang.

Donnerstag, 29. Mai 1930.

Nr. 126.

## Durchführungsverordnung zum Wohnbaugesetz

vom Ministerrat genehmigt.

Prag, 28. Mai. Der Ministerrat hat heute über Antrag des Fürsorgeministers Gen. Dr. Czech die Durchführungsverordnung zum Wohnbaugesetz beschlossen. Die Verordnung ist bereits in Druck gelegt und dürfte bereits in den allernächsten Tagen verlaublich werden.

## Wirth rast sich auf.

Sperrung der Reichszuschüsse, falls Thüringen Palantkreuzler an leitende Polizeistellen setzt.

Berlin, 28. Mai. (Eigenbericht.) Die Konferenz aller deutschen Innenminister, zu der Herr Fricke nicht erschienen war, endete nach verschiedenen Bindungen und Ausflüchtversuchen der bürgerlichen Gehilfen Fricke mit der kategorischen Forderung des Reichsinnenministers Wirth, daß Thüringen die Ernennung von Palantkreuzlern zu Polizeidirektoren widerzuse, widrigenfalls der Reichszuschuß für die Polizeikosten des Landes Thüringen gesperrt werde.

Der Minister stellte fest, daß die Einstellung von Nationalsozialisten mit dem unpolitischen Charakter der Schutzpolizei, wie ihn Absatz 1, Ziffer 6, der Grundzüge für die Reichszuschüsse ausdrücklich und unbedingt fordert, unvereinbar sei. Da das Reich sich zur Zahlung nur unter der Voraussetzung der unbedingten Innehaltung der erwähnten Grundzüge verpflichtet hat, stellt der Minister fest, daß die Gewährung von Reichszuschüssen an Thüringen wegfallen müsse, falls das Thüringische Staatsministerium auf seiner Absicht bestände, die für leitende Stellen der Thüringer Polizei in Aussicht genommenen Nationalsozialisten zu ernennen.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten der verfassungseindliche Charakter der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei hervorgehoben und entsprechendes Material vorgebracht. Es herrschte einmütige Auffassung, daß den verfassungseindlichen Bestrebungen dieser Partei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten werden müsse. Abschließend richtete der Reichsminister des Innern an den Thüringischen Staatsminister Baum die eindringliche Forderung, die beabsichtigte Einstellung von Nationalsozialisten in die Thüringer Polizei aufzugeben.

Staatsminister Baum teilte mit, daß die in Frage stehenden Ernennungen unter der Voraussetzung erfolgt seien, daß der Thüringische Landtag diese Stellen bewilligen werde.

Wirth droht also mit demselben Maßnahme wie Severing, die seinerzeit aufzuheben seine erste Ministerzeit war.

Inzwischen hat Fricke ein Gastspiel der Bischofshöhe mit dem Tendenzstück „§ 218“ (Abtreibung) unterzogen und

unser Eisenacher Parteiblatt auf vierzehn Tage mit der höhnischen Verurteilung auf das Republikanengesetz eingekleidet.

Unser Parteiblatt habe angeblich die verfassungsmäßige Republik und ihren Palantkreuzminister beschimpft.

## Baldwins Mißtrauensvotum abgelehnt

London, 28. Mai. Das Unterhaus lehnte heute den Mißtrauensantrag Baldwins gegen die Regierung Mac Donalds mit 270 gegen 211 Stimmen ab.

## Wechselndes Kriegsglück in China.

Paris, 28. Mai. Wie die Agentur Indopacific berichtet, gibt das Hauptquartier bekannt, daß die Nordtruppen einen großen Sieg über die Nankingtruppen davongetragen haben. Die Nankingtruppen sollen 20.000 an Gefangenen verloren haben und sich auf dem Rückzuge befinden. Die Kämpfe haben sich in der Gegend von Kweihsü an der Eisenbahnstrecke Kiangsü-Küschou abgespielt.

## Sokolnikow aus London abberufen.

London, 28. Mai. „Daily Express“ zufolge, ist der Sowjetbotschafter in London, Sokolnikow, der jedoch nach Moskau berufen worden sei, um über die englisch-russischen Handelsbeziehungen Bericht zu erstatten, in Wirklichkeit von seinem Posten abberufen worden. Der Grund hierfür seien dem Blatte zufolge Meinungsverschiedenheiten mit den führenden Faktoren der Sowjets.

## Die zweite Etappe in Durchführung.

Biehjölle eingebracht. — Invaliden, Kurzarbeiter und Altersunterstützungen garantiert. — Gefährliche Vorstöße gegen die Leichtinvaliden abgewehrt.

Prag, 28. Mai. Heute kurz nach Mittag ist es nach einer heißen Sitzung des Ministerrates, die wegen der anscheinend nicht zu überwindenden Differenzen schließlich unterbrochen werden mußte und erst nach einer Beratung der agrarischen Minister mit ihrem Parteipräsidenten, wobei Udrzal selbst offenbar vermittelnd eingriff, weitergeführt wurde, schließlich doch zu einer grundsätzlichen Einigung über die zweite Etappe des Arbeitsprogramms gekommen, wobei auch die sozialpolitischen Vorlagen die nötige Berücksichtigung fanden.

Die neuen Schwierigkeiten rührten, wie schon öfters, von den Agrariern her, die zwar auf der Einbringung und Verabschiedung ihrer Biehjölle mit allem Nachdruck bestanden, dagegen von den gleichfalls für die zweite Etappe vereinbarten sozialpolitischen Vorlagen nichts wissen, sondern sie auf die lange Bank schieben wollten.

Die sozialistischen Minister wiederum machten ihre Zustimmung zu der Einbringung der Biehjölle unbedingt davon abhängig, daß bestimmte Zusicherungen über die noch vor den Ferien zu erfolgende Verabschiedung der drei sozialpolitischen Vorlagen, nämlich der Besserstellung der Schwerstinvaliden, der Rebellierung der staatlichen Altersunterstützungen und der Schaffung eines zehn Millionen-Fonds zur Unterstützung der Kurzarbeiter gegeben werden. Dazu waren die Agrarier anfangs nicht zu haben. Es bedurfte erst der ganzen Energie der sozialistischen Minister, um die Agrarier davon zu überzeugen, daß tatsächlich an die Einbringung der Biehjölle durch die jetzige Regierung nicht zu denken sei, solange nicht die Erledigung der drei sozialpolitischen Vorlagen noch vor den Ferien in aller Form garantiert ist.

Daneben lief noch eine zweite Schwierigkeit hinsichtlich des Meritums der Invalidenvorlage. Von gewisser bürgerlicher Seite wurde die Besserstellung der Schwerstinvaliden mit mindestens 85 Prozent Erwerbsunfähigkeit, wie sie die vom Fürsorgeminister eingebrachte Vorlage vorsieht, an die Bedingung geknüpft, daß dafür den nur zu 20 bis 25 Prozent erwerbsunfähigen Invaliden ihre ohnedies beschämend niedrige Rente überhaupt gestrichen werde. Dadurch wären nicht weniger als 44.000 Invaliden betroffen worden! Ferner wurden von gewisser Seite auch gegen die Konzeption des Fonds für Kurzarbeiter allerhand „Bedenken“ erhoben.

All diese Differenzen brachten es so weit, daß eine kritische Situation eintrat und man schließlich zur Unterbrechung der Ministerrats-sitzung griff. Die agrarischen Minister hielten mit ihrem Parteipräsidenten Beratungen ab, in die namentlich der Ministerpräsident selbst im Sinne der Anpassung an die berechtigten Forderungen der Sozialisten eingegriffen zu haben scheint.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde nunmehr von agrarischer Seite in aller Form die geforderte Sicherung der rechtzeitigen Durchführung des sozialpolitischen Programms gegeben; der Ministerrat sah in dieser Hinsicht bereits bindende Beschlüsse. Gleichzeitig wurde auch die Forderung nach Abbau der Renten der Leichtinvaliden bedingungslos fallen gelassen, so daß die Vorlage in der Fassung des Fürsorgeministeriums vorgelegt werden wird.

Sodann wurde auch das weitere Arbeitsprogramm für die Zeit vor

den Ferien, das außer den Biehjölle und den erwähnten drei sozialpolitischen Vorlagen noch den 13. Monatsgehalt für die Staatsangestellten, die Sanierung der Gemeindefinanzen im Zusammenhang mit einer Biersteuer, billige Kredite für Gewerbetreibende und eine Staatsgarantie für Exportkredite enthält, in seinen Grundzügen verabredet.

Erst dann, nachdem alle verlangten Garantien für die drei sozialpolitischen Vorlagen gegeben waren, wurde die Vorlage über die Biehjölle im Parlament ausgesetzt und in einer zweiten Sitzung noch dem landwirtschaftlichen und dem Ernährungsausschuß mit sechstägiger Frist zugewiesen.

Daraufhin wurde am Nachmittag im Budgetausschuß des Senates endlich die Novelle zum Genter System, die die Agrarier seit Wochen hohllottiert hatten, nach kurzer Debatte verabschiedet. Sie wird vom Senat ebenfalls anfangs nächster Woche verabschiedet werden. Die für heute angefertigten Beratungen der Klubmänner der koalitierten Senatparteien mit dem Ministerpräsidenten und einer Reihe anderer Minister wurden abgefragt, da das Arbeitsprogramm für die nächste Zeit nun schon in seinen Umrissen feststeht.

Mit der detaillierten Durchberatung der angekündigten Punkte des Arbeitsprogramms werden sich die verschiedenen Ministerkommissionen bereits in den nächsten Tagen zu befassen haben. Für Freitag sind die Personalminister einberufen, was offenbar mit der Frage des 13. Monatsgehaltes der Staatsangestellten zusammenhängt. Auch die sozialpolitischen Vorlagen werden bereits in dieser Sitzung zur Sprache kommen, um ihre rechtzeitige Vorlegung sicherzustellen. Am selben Tag werden auch die Wirtschaftsminister mit neuen Vorlagen einsehen.

## Außendebatte beendet.

Während sich im Ministerrat diese geschilderten entscheidenden Beratungen abspielten, ging im Plenum des Abgeordnetenhauses die Debatte über die Haager und Pariser Verträge zu Ende. Dr. Aramak fand ein dankbares Publikum; er hob einleitend hervor, daß seine Partei für die Abkommen stimmen werde, weil sie es als ihre Pflicht dem Staate gegenüber betrachte; das habe aber nichts mit einer Vertrauensstimmgebung für einzelne Minister (1) zu tun. Bei Besprechung der ungarischen Forderungen kommt er auch auf

## die ungarische Königsfrage

zu sprechen, die in den letzten Tagen wieder zum Vorschein kam, und erklärt, daß die Gabsburger und namentlich Otto auf dem ungarischen Thron die allergrößte Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten würden, da Otto die Integrität Ungarns beschwören und somit die Verpflichtung übernehmen müßte, den Frieden von Trianon umzustürzen.

Lehter Redner war Genosse Markowitsch, der gleichfalls die Gefährlichkeit der ungarischen Königsfrage unterstrich und hervorhob, daß der ungarische Machteifer erst mit der Demokratisierung Ungarns verschwinden werde.

Nach einem ausführlichen Schlußwort des Außenministers und der Referenten wurden dann beide Verträge in erster Lesung genehmigt und sodann auch das Exposé des Außenministers zur Kenntnis genommen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 3. Juni, 3 Uhr nachmittags.

Menge seiner Anhänger verlor. Auf Seite der Regierungstruppen gab es 4 Tote und etwa 40 Verletzte.

## Schreckensjustiz in Indochina.

Paris, 27. Mai. Wie Havas aus Hanoi berichtet, hat die zur Aburteilung von Vergehen und Verbrechen in Indochina eingesetzte Kommission 87 weitere Fälle abgeurteilt. Zehn an der Aufstandsbewegung beteiligte Personen wurden zum Tode, eine zu lebenslänglicher Haft, 26 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 38 zur Deportation, 6 zu zeitlich befristeter Zwangsarbeit, 4 zu längerer Freiheitsstrafen verurteilt. In zwei Fällen wurde auf Freispruch erkannt. Bei der zum Tode Verurteilten sind bereits wegen der Den-Dah-Affäre zur gleichen Strafe verurteilt gewesen.

## Indien.

Rangoon, 28. Mai. Bei den heutigen neuerlichen Unruhen und den Zusammenstößen der Eingeborenen mit der Polizei wurden zehn Personen getötet und 46 verletzt.

## Brasilianische Rebellion blutig zurückgeschlagen.

Rio de Janeiro, 28. Mai. Zu den Kämpfen zwischen Provinzialtruppen und einer Rebellenabteilung des Abgeordneten des brasilianischen Staates Parahyba, Jose Beretro, der sich gegen die Regierung empört hat, wird mitgeteilt: Bei den Zusammenstößen der Rebellen mit den Regierungstruppen und mit der Polizei, die zwei Tage lang dauerten, wurden Beretra und 38 seiner Anhänger getötet, sowie eine

## Die zweite Etappe.

Die Vorlage über die Biehjölle eingebracht.

Wir haben bereits einigemale dargelegt, daß die Effizienz und die legislative Arbeit der bestehenden Regierung darauf gegründet sind, daß sie den einzelnen durch sie vertretenen Bevölkerungsschichten gewisse Erleichterungen in ihrem Kampfe ums Dasein gewährt. Die erste Etappe des Arbeitsprogramms der Regierung bestand darin, daß sowohl sozialpolitische als auch agrarpolitische Vorlagen, Mieterschutz, Bauförderung, Arbeitslosenunterstützung und Getreidezölle, erledigt wurden. Zur zweiten Etappe des Koalitionsprogramms gehören nun Biehjölle, der dreizehnte Gehalt der Staatsangestellten, billigere Kredite für Gewerbetreibende, Ausfuhrkredite für die Industrie, Sanierung der Selbstverwaltung, Novellierung des Ueberalterengesetzes, Hilfe für die Kriegsinvaliden und Unterstützung der Kurzarbeiter. Davon werden in der nächsten Zeit die Vorlagen über die Biehjölle, über die Invaliden und Kurzarbeiter verhandelt werden. Der Gesetzentwurf über die Biehjölle wurde nun nach langen Kämpfen, die innerhalb der Regierung geführt wurden, und in denen die Auffassungen der Sozialisten und der Agrarier hart aufeinanderprallten, gestern im Abgeordnetenhaus eingebracht.

Was ist zunächst der Inhalt der Vorlage? Der Gesetzentwurf unterscheidet einerseits sogenannte Minimalzölle oder Vertragszölle, unter die nicht herabgegangen wird und welche denjenigen Staaten gewährt werden, die mit der Tschechoslowakei Handelsverträge abschließen, andererseits autonome Zölle, die jenen Staaten gegenüber gelten, mit denen Handelsverträge nicht abgeschlossen wurden. Was zunächst die für die Praxis wenig bedeutenden autonomen Zölle betrifft, werden den Zollsätze festgesetzt, zu denen ein Zuschlag erhoben wird, falls die Preise unter ein bestimmtes Maß (K 10.60 bei Schweinen) sinken. Sinkt der Preis aber unter K 9.80, ist die Regierung ermächtigt, einen solchen Zollaufsschlag zu verordnen, daß der Preis wieder auf K 10.60 steigt.

Wichtiger dagegen sind die Minimalzölle, welche nach erfolgten Handelsvertragsverhandlungen tatsächlich in Kraft treten werden. Diese betragen pro 100 Kilogramm Lebendgewicht bei Schafen und bei Stieren K 160.—, bei Rindern K 110.—, bei Jungvieh und Kälbern K 130.— und bei Schweinen K 120.—. Diese Zollsätze werden aber angesichts der heutigen Preisverhältnisse noch herabgesetzt, so daß sie bei Schafen und Stieren K 116.—, bei Rindern K 102.— und bei Jungvieh und Kälbern K 93.— betragen werden. Sinken jedoch die Preise des Lebendviehs noch um acht Prozent unter jene Preise, wie sie im März und April 1930 auf dem Prager Schlachthof bestanden haben, dann tritt der Zollaufsschlag, mit dem die Zölle jetzt herabgesetzt werden, wieder in Kraft. Die Erhöhung aber tritt dann wieder außer Kraft, wenn der Preis des Lebendgewichtes K 7.80 oder mehr betragen wird.

Außer diesem Zuschlag tritt dann noch ein weiterer in Kraft, den man als Katastrophenzoll bezeichnen kann. Wenn nämlich der vorerwähnte Preis um 16 Prozent sinkt, dann beträgt der Zollaufsschlag noch einmal so viel als im ersten Fall, welcher Zuschlag naturgemäß wieder in Kraft tritt, wenn die Preise sich um weniger als acht Prozent von den gegenwärtigen unterscheiden.

Von den bisher geltenden Zöllen unterscheidet sich also die Vorlage dadurch, daß statt der bisher bestandenen Stückzölle nun Gewichtszölle eingeführt wurden. Bei den Stückzöllen wurde derselbe Zoll vom schweren wie vom leichten Vieh erhoben, so daß die Zucht von Rastvieh weniger geschützt war als die von leichterem Vieh. Es besteht natürlich durchaus kein Interesse, einen Zustand weiter aufrecht zu erhalten, bei dem das an Ge-









